

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 4. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
15. November 2007	10.15 Uhr	12:30 Uhr	Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|---|----------------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Oktober 2007 | |
| TOP 3 | Einrichtung eines Fachausschusses zur Schulentwicklung im Lande Bremen | Vorlage L11/17 |
| TOP 4 | Aufstellung der Haushalte 2008 und 2009
Produktplan 21/Teilbudget Bildung | Vorlage L12 - G11/17 |
| TOP 5 | Beratungsschwerpunkte der 319. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 17./18. Oktober 2007 in Bonn | Vorlage L13/17 |
| TOP 6 | Bericht zur Durchführung der Abschlussprüfungen im Schuljahr 2006/07 | Vorlage L14/17 |
| TOP 7 | Verschiedenes | |

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Oktober 2007

Das Protokoll der 3. Sitzung der Deputation für Bildung vom 11. Oktober 2007 wird im TOP 4 durch folgenden Satz ergänzt: "Herr Güngör bittet um einen Bericht zu den Erfahrungen und den Planungen zum 5ten Prüfungselement in der gymnasialen Oberstufe." Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll genehmigt.

TOP 3 Einrichtung eines Fachausschusses zur Schulentwicklung im Lande Bremen **Vorlage L11/17**

Herr Rohmeyer erläutert den als Anlage zum Protokoll beigefügten Antrag, der u.a. einen größeren Ausschuss und einen anderen Modus zur Benennung von Experten vorsieht. Die Vertreter der anderen Fraktionen begrüßen das in der Vorlage beschriebene Vorgehen, das einen zügigen Beginn der inhaltlichen Arbeit ermögliche und die Einbeziehung aller Fraktionen wie auch der ständigen Gästen sichere. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sichert zu, dass die Liste der ständigen Gäste noch ergänzt werde und auch weitere Wünsche nach Experten aufgenommen würden. Außerdem weist sie darauf hin, dass die Sitzungen auch für weitere Interessierte offen seien. In der im Anschluss an die Deputationssitzung erfolgenden Konstituierung des Fachausschusses werde die weitere Terminplanung eingeleitet. Möglichst bald

sollten die ersten Themenfelder über die Beratung der Ausgangslage hinaus festgelegt werden und entsprechende Experten eingeladen werden, um schnell in eine sachliche, ergebnisoffene Diskussion einzusteigen. Sie betont, dass die Entwicklung in Bremen und Bremerhaven im Gleichklang laufen solle. Frau von Ilse stellt die bisher vorgeschlagenen Experten und die Kriterien nach denen sie ausgewählt wurden umfassend vor. Frau Stahmann bittet, dem Fachausschuss die Beratungsergebnisse der Hamburger Enquete-Kommission zur Verfügung zu stellen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt dies zu.

Der als Anlage beigefügte Antrag der CDU wird mehrheitlich abgelehnt (Zustimmung der Fraktion der CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, B'90/Die Grünen, Die Linke und der FDP).

Beschluss: (Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU)

Die Deputation für Bildung stimmt der Einrichtung eines Fachausschusses "Schulentwicklung im Lande Bremen" und dem beschriebenen Verfahren mit 3 Gegenstimmen zu.

Als Mitglieder mit Stimmrecht für den Fachausschuss werden benannt:

Fraktion der SPD	- Frau Böschen und Herr Güngör
Fraktion der CDU	- Herr Rohmeyer
Fraktion Der Grünen/Bündnis90	- Frau Stahmann

Als Mitglieder ohne Stimmrecht werden benannt:

Fraktion der FDP	- Herr Dr. Buhlert
Fraktion Die Linke	- Frau Alpers

TOP 4 Aufstellung der Haushalte 2008 und 2009 Produktplan 21/Teilbudget Bildung

Vorlage L12 - G11/17

Die Vertreter der Fraktionen danken Frau Moning und Ihren Mitarbeitern/innen für die geleistete Arbeit. Herr Güngör betont, dass knappere Ressourcen nicht dazu führen dürfen, dass sozial Benachteiligte ausgegrenzt würden und weist auf Probleme mit den Kürzungen im Fahrdienst, im Assistenzprogramm und der Weiterbildung hin. Frau Stahmann weist auf die Notwendigkeit einer politischen Diskussion im Bereich Weiterbildung und den Kürzungen im Bereich des nichtunterrichtenden Personals hin und bittet um Erläuterung, ob 6,5% Personaleinsparung in der Behörde realistisch seien. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt dazu, dass diese Einsparung nicht durch eine natürliche Fluktuation erreicht würde, vielmehr ist eine intensive Aufgabenkritik nötig. Dazu sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, über deren Aufnahme der Arbeit in der nächsten Deputationssitzung berichtet werde. Herr Rohmeyer bittet die Senatorin zur Schließung von Schulstandorten Stellung zu nehmen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass es sich hier nicht um zusätzliche Schließungen handelt, vielmehr sei dies die Umsetzung von Beschlüssen aus der letzten Legislaturperiode. Herr Beilken weist daraufhin, dass der Haushaltsentwurf den Bildungsbereich bei Kürzungen nicht ausgenommen habe und die Weiterbildungsträger sich einer hohen Kürzungsbedrohung gegenüberstehen sähen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt dazu, dass es keine Kürzungen im Bereich des unterrichtenden Personals trotz sinkender Schülerzahlen geben werde, was künftig zu finanziellen Freiräumen führe. Die Lehrer-Schüler-Relation werde gehalten, wobei Bremerhaven einen Punkt besser als Bremen und unter dem Bundesdurchschnitt liege. Im Bereich der Weiterbildung laufen Verhandlungen mit der Senatorin für Finanzen und der Senatorin für Arbeit mit dem Ziel, die Mitteln aufzustocken. Herr Dr. Buhlert erbittet eine stadtteilbezogene Darstellung der Schülerzahlentwicklung. Frau Alpers gibt noch zu bedenken, dass die Lehrerzuweisung pro Schüler und nicht pro Klassen erfolgen müsse, wenn sich sinkende Schülerzahlen auswirken sollen.

Beschluss:

Die Deputation nimmt die Haushaltsentwürfe zur Kenntnis.

TOP 5 Beratungsschwerpunkte der 319. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 17./18. Oktober 2007 in Bonn

Vorlage L13/17

Frau Stahmann bittet um einen Bericht im Januar über Handlungsmaßnahmen zur Halbierung der Zahl der Schüler und Schülerinnen ohne Schulabschluss.

Beschluss:

Die Deputierten nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 6 Bericht zur Durchführung der Abschlussprüfungen im Schuljahr 2006/07

Vorlage L14/17

Frau Stahmann bittet um einen Bericht zur Gleichbehandlung der Schulen in Klasse 10 bezüglich der Vergleichsarbeiten (Gym.) und Abschlussarbeiten (Gesamts.).

Beschluss:

Die Deputation nimmt den Bericht zu den schriftlichen und mündlichen Abschlussprüfungen und zu den Vergleichsarbeiten im gymnasialen Bildungsgang in der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2006/07 zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Frage von Herrn Deuchler zur Festlegung und Durchsetzung von Bußgeldern im Zusammenhang mit dem Nichtraucherschutzgesetz wurde verschickt.
2. Ein Bericht zu angedachten Maßnahmen zur Verbesserung der Referendarsversorgung in Bremerhaven wurde verschickt. Frau Böschen weist darauf hin, dass die Werbung für Referendare in Bremerhaven nicht genügend erfolgreich gewesen sei. Frau Stahmann fragt nach der Möglichkeit einer Nachnominierung. Herr Dr. Schilling weist darauf hin, dass es zu Problemen insbesondere in Mangelfächern komme und die Schulen Nachbesetzungen mit anderen Fächern ablehnen. Frau Möhle (Personalrat Schulen Bremerhaven) gibt zu Bedenken, dass es bei einer Zuweisung über die fachbezogenen Kapazitäten der Schulen in Nichtmangelfächern, Probleme mit der Anrechnungsordnung gebe. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt eine Überprüfung der Anrechnungspraxis von Referendarstellen bei fachbezogenen Überhängen (insbesondere in Bremerhaven) und eine entsprechende Vorlage zu.
3. Frau Böschen fragt nach der Fortführung des Girl's-Days, da die Finanzierung der Koordinierungsstelle zum Ende des Jahres 2007 auslief. Herr Feuser erklärt, dass der Ablauf in 2008 abgesichert werde. Es werde in Absprache mit der Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) über einen Träger ein ESF-Antrag gestellt, durch den die Personalmittel abgesichert werden können.